



Wertesjähriger Abonnementsvr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement, 50 Pf.,  
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Infertionsgebühr für den  
Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 516. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünftiger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 3. November 1876.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 3. Sitzung des Reichstages (2. November).

2 Uhr. Am Tische des Bundesrates Minister Leonhard und Hofmann.

In Vorlagen sind eingegangen: ein Gesetzentwurf, betreffend die Untersuchung von See-Ungüten; eine Denkschrift, betreffend die Ausgrabungen von Olympia, sowie eine Denkschrift, betreffend die Verlegung der militärischen Etablissemens zu Dresden.

Zur Constatirung der Beschlussfähigkeit des Hauses erfolgt zunächst der Namensaufruf, welcher die Unntheit von 220 Mitgliedern ergiebt. Das Haus ist somit beschlussfähig und geht zur Wahl der Präsidenten und Schriftsführer über. Bei der Wahl des ersten Präsidenten, während welcher Dr. v. Stauffenberg den Vorsitz übernimmt, werden 218 Stimmen abgegeben. Davor erhalten v. Forckenbeck 216 Dr. Simon 1 Stimme. Ein Zettel ist unbeschrieben.

Präsident v. Forckenbeck: Meine Herren! Mit herzlichstem Dank und mit dem Versprechen, alle meine Kräfte zu einer gerechten und prompten Leitung der Geschäfte aufzubieten, nehme ich die Wahl an.

Es folgt die Wahl des ersten Vizepräsidenten. Es werden 217 Stimmen abgegeben. Davor fallen auf Dr. v. Stauffenberg 189, auf die Abg. Gneiß, Bölf und Lucius-Erfurt je 1 Stimme und 25 Stimmzettel sind unbeschrieben. Es ist somit Abg. Dr. v. Stauffenberg zum ersten Vizepräsidenten gewählt. Derselbe erklärt: Indem ich dem hohen Hause den herzlichsten Dank für die ehrenvolle Wahl ausspreche, erkläre ich die Annahme derselben.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 212 Stimmen abgegeben. Davor erhalten Abg. Löwe 118, Abg. Hänel 89, die Abg. v. Saucken-Tarpischen, Graf Bethusy-Huc, Schulze-Delitzsch, Schmidt (Stettin) je 1 Stimme; 1 Zettel war unbeschrieben. Der Präsident von Forckenbeck richtet an den Abg. Löwe die Frage, ob er die Wahl annimme. Abg. Dr. Löwe: Ich stelle dem hohen Hause auf das Verbindlichste für die mir erwiesene Ehre und das mir entgegengetragene Vertrauen, bedauere aber, daß ich die Wahl nicht annehmen kann. (Bustimmung links.)

Der Präsident v. Forckenbeck schlägt vor, eine neue Wahl des zweiten Vizepräsidenten sofort vorzunehmen. Dem widerspricht jedoch der Abg. Dr. Lucius (Erfurt), indem er mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit — es ist bereits 5 Uhr geworden — die Vertagung der Sitzung beantragt. Der Antrag bleibt jedoch in der Minorität (für denselben stimmen nur die conservativen Fraktionen) und wird daher sofort zur neuen Wahl geschritten.

Es werden 207 Stimmen abgegeben. Davor fallen auf die Abg. Hänel 111, auf Dr. v. Schwarze 38, Klop 11, Graf Bethusy-Huc 4, Eberty 2, v. Saucken-Tarpischen 3, Dr. Löwe, Schmidt (Stettin), Wallrichs, Miquel je 1 Stimme; 31 Stimmzettel sind unbeschrieben, 3 weitere Stimmzettel ungültig, weil auf denselben die Namen v. Saucken und Reichenberger ohne nähere Bezeichnung und Herzog v. Ujest, der gar nicht Mitglied des Hauses ist, standen. — Auf die Frage des Präsidenten, ob er die Wahl annimme, erklärt Abg. Dr. Hänel: Herr Präsident, indem ich für das Vertrauen, welches in der auf mich gefallenen Wahl liegt, meinen besten Dank ausspreche, lehne ich diese Wahl ab. (Beifall links.)

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit schlägt der Präsident selbst die Vertragung der Sitzung vor. Schluss 5 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Tagesordnung: Wahl des zweiten Vizepräsidenten und der Schriftführer; erste Lesung des Gesetzes für 1. Quartal 1877 und des Auslieferungsvertrages mit Luxemburg.) — Die Constituirung der Abtheilungen soll nach dem Schlusse der nächsten Sitzung erfolgen, um sobald als möglich die Wahl der Fachcommissionen vornehmen zu können.

Berlin, 2. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Strafanstalts-Inspector Freytag zu Golßow im Kreise Naugard den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Schulreher Schaus zu Nordentz im Mainkreis den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schulreher und Organisten Hertel zu Gesäß im Kreise Neisse den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenholz verliehen.

Se. Majestät der König hat die Erlaubnis zur Anlegung des Kaiserlich-russischen St. Stanislaus-Ordens dritter Klasse den Gewerbechul-Direktoren Nöggerath zu Brieg, Wernicke zu Gleiwitz und Dr. Zehme zu Bremen, sowie dem Gewerbeschulreher und Ingenieur Haupt zu Brieg erteilt.

Die von den Notabeln des Handelsstandes aus dem Bezirk des Handelsgerichts zu Mühlhausen getroffenen Wahlen des Kaufmanns Ludwig Ostier in Mühlhausen zum Präsidenten, des Stärkfabrikanten Emil Lahnhofer-Laderich, des Kaufmanns Karl Eugen Wacker-Schön, beide in Mühlhausen, und des Fabrikanten Emil Zuber in Kirchheim zu Richtern, sowie des Kaufmanns Theodor David Hanhart, des Manufacturisten Vladimir Tournier und des Kaufmanns Caspar Willmann, sämlich in Mühlhausen, zu Ergänzung-Richtern bei dem Handelsgerichte in Mühlhausen haben die Allerhöchste Bestätigung erhalten.

Se. Majestät der König hat dem bisherigen Wasser-Bau-Inspector Hugo Adolf Emil Dieckhoff in Marienburg zum Regierungs- und Baurath; sowie dem Landgerichts-Rath von Kempen in Bonn zum Appellationsgerichtsrath bei dem Appellations-Gerichtshofe in Köln ernannt; dem Sanitäts-Rath Dr. Friedrich Jacob Behrend zu Berlin den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen, und auf den Vorschlag des Magistrates zu Bergen den Appellationsgerichts-Referendarius Reinhold Kersch aus Neustadt, gegenwärtig in Bergen, zum Bürgermeister der Stadt Bergen ernannt.

Dem Königlichen Regierungs- und Baurath Dieckhoff zu Marienburg ist die Stelle eines solden bei der Königlichen Regierung zu Potsdam verliehen worden. Der Königliche Ober-Betriebs-Inspector Keps, früher in Berlin, ist in gleicher Eigenschaft zur Westfälischen Staats-Eisenbahn nach Münster versetzt worden.

Berlin, 2. Nov. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute Vormittag zunächst den Besuch Sr. Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen, sodann den commandirenden General von Kirchbach und den Fürsten Hohenlohe-Langenburg. Um 12 Uhr fanden in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen statt und hierauf arbeiteten Se. Majestät längere Zeit mit dem Kriegsminister, General der Infanterie von Kameke, und dem Chef des Militärcabinets, General-Adjutanten und General-Major von Albedyll. (Reichsanzeiger)

= Berlin, 2. Nov. [Sitzung des Bundesrates. — Einziehung der Zweithalerstücke. — Das Parlamentsgebäude.] Der Bundesrat hielt heute Nachmittag 1 Uhr im Reichstag eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Reichskanzleramts-Präsidenten Hofmann. Nach Feststellung des Protokolls der letzten Sitzung wurde die Vorlage, betr. die Ergebnisse der veranstalteten Enquête über die Verhältnisse der Gewerbe- und Fabrikarbeiter, worüber an dieser Stelle unterm 29. v. M. Näheres berichtet worden, dem Ausschüsse für Handel und Verkehr überwiesen. Es folgte dann Beschlussfassung über den Reichstags-Antrag aus der letzten Sessjon, betr. die Änderung des Artikels 32 der Verfassung (Diäten-Gewährung an die Reichstagsmitglieder). Der Bundesrat hat dem Antrage gegenüber seine fröhliche ablehnende Stellung aufrecht erhalten. Es folgte dann Beschluss über die Anträge, betr. die Pensionsverhältnisse je eines Beamten der Reichspost, der Reichs-Eisenbahn- und der Elsass-Lothringischen Landesverwaltung; dann folgten Ausschussberichte über die Vergütung der Zollverwaltungskosten im Innern; über die Eingaben deutscher Salinen-Besitzer wegen der Salz-Einführung in den Reichstag sitzt. 207 Zettel waren abgegeben, davon 3 ungültig,

Frankreich, welche Gegenstände nach den Ausschussträgen erledigt wurden. Ein Antrag der Ausschüsse für Handel und für Rechnungswesen über die Außercourssetzung der Zweithaler- und Eindrittthaleralter Stück deutschen Gepräges wurde angenommen und damit einer bezüglichen Bekanntmachung — siehe unten — zugestimmt, und die Erklärung ausgesprochen, daß die Einschlusssachen angewiesen werden, auch die zur Umwechselung präsentirten österreichischen Doppelthaleralter anzunehmen und besonders abzuliefern. Ferner wurde nach Ausschussträgen der Gesetzentwurf wegen Forterhebung des privativen Brauereizuschlages in Sachsen-Coburg und Sachsen-Meiningen erledigt. Der Zollausschuss erstattete sodann mündliche Berichte über den Erlass von Brauerei aus Billigkeitsrücksichten; die Feststellung des Begriffs von getragenen, nicht zum Verkauf eingehenden Kleidern; die Anträge des Vereins deutscher Spiritushändler u. a. auf Beseitigung des Reservatrechts von Hamburg; eine Petition wegen der Communal-Besteuerung der in Pößneck eingeführten Stein- und Braunkohlen, die Veränderung der Zollgrenze bei Altona; die Baurechnung über das Zollamtsgebäude in Moorberg. Schließlich erfolgte die Wahl von Commissarien für die Vertretung von Gesetzesvorlagen im Reichstage. — Die oben erwähnte Bekanntmachung wegen Außercourssetzung der Zweithaler- u. Stücke lautet: § 1. Die Zweithaler- (3 1/2 Gulden) Stücke und die Eindrittthaleralter-Stücke deutschen Gepräges gelten vom 15. November 1876 ab nicht ferner als gesetzliche Zahlungsmittel. Es ist daher vom 15. November 1876 ab, außer den mit der Einschaltung beauftragten Kassen, Niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. § 2. Die in Umlauf befindlichen Zweithaler- (3 1/2 Gulden-) und Eindrittthaleralter-Stücke deutschen Gepräges werden in der Zeit vom 15. Novbr. 1876 bis 15. Februar 1877 von den durch die Landes-Centralbehörden zu bezeichnenden Landeskassen nach dem Artikel 15 des Minzgesetzes vom 9. Juli 1873 festgestellten Werthverhältnisse für Rechnung des Deutschen Reichs sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichs- oder Landeskünzen umgewechselt. Nach dem 15. Febr. 1877 werden die Zweithaler- und Eindrittthaleralter-Stücke deutschen Gepräges auch von diesen Kassen weder in Zahlung noch zur Umwechselung angenommen. § 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewicht verringerte, ingleichen auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung. — Die Bau-Commission des Reichstages hielt heut Vormittag, vollzählig versammelt unter dem Vorsitz des Präsidenten von Forckenbeck eine Sitzung in welcher man beschloß, die bisherige Geheimhaltung der Verhandlung aufzugeben und durch den Abg. Düncker über dieselbe an den Reichstag zu berichten. Die Commission hatte für das Reichstagsgebäude vorgeschlagen: Die Erwerbung des von Decker'schen Grundstücks in der Wilhelmstraße unter Hinzunahme angrenzender Parzellen von preußischen fiscalischen Grundstücken oder die Abtreitung eines Stückes des Thiergartens in der Lennéstraße. Beide Anträge sind allerhöchsten Orts ab schließlich befehlt und dieser Bescheid im Auftrage des Reichskanzlers von dem Präsidenten des Reichskanzleramts mitgetheilt. Weder in der Wilhelmstraße, wo es sich um fiscalische Grundstücke handelt, noch vom Thiergarten (außer Kroll) könnte Terrain bewilligt werden. Als Commissar der Reichsregierung fungierte der Geh. Reg.-Rath von Möller.

△ Berlin, 2. Novbr. [Die Präsidentenwahl im Reichstage.] Eine Reichstags-Sitzung von 2 bis 4 Uhr, in der es nicht gelingt, die drei Präsidenten und die Schriftführer zu wählen, nachdem 3 Tage lang Beschlussfähigkeit die Constituirung gehindert hatte, — das ist etwas noch nicht Dagewesenes! Herr Dr. Wallrichs, der große nationalliberale Führer in Schleswig-Holstein, derselbe, welcher im Mai vor seinen Wählern in Flensburg versichert hatte, ein Unterschied zwischen conservativ und liberal sei nicht vorhanden — Herr Oberlehrer Dr. Wallrichs wollte wegen der schleswig-holsteinischen Fortschrittspartei eine kleine Rache an dem Führer der schleswig-holsteinischen Fortschrittspartei üben. Freilich war es den Nationalliberalen in Schleswig-Holstein nicht gelungen, der Fortschrittspartei ihre bisherigen Sitz zu rauben, sie selbst verloren an Freiconservative und Agrarier, — in Plön kam der Agrarier in engerer Wahl gegen den Fortschrittl. Professor Seelig durch, weil die 18 Nationallib. auf den Agrarier übergingen. Dr. Wallrichs schnob Rache und setzte es in der nationalliberalen Fraction durch, — nicht etwa, daß man beschloß, Hänel nicht zu wählen, sondern, daß man beschloß, es könne Jeder wählen, wie er wolle. Dies Alles, sowie daß Laske, Miquel und Andere in der nationalliberalen Fraktionssitzung lebhaft dagegen gesprochen hatten, erfuhr man in der Fortschrittspartei natürlich sofort, allein man konnte sich kaum denken, daß die große Mehrheit der nationalliberalen Fraction mit Herrn Wallrichs auf abenteuerlicher Gefechte gegen Windmühlen ausziehen und sich dadurch der weiteren Liebkosung der „Provinzial-Correspondenz“ und aller Gütenburg'schen Reptile ausgesetzt würde. Bei Beginn der Sitzung verlaute plötzlich, die Hebereien einiger fortgeschrittenen Renegaten und anderer durch die Fortschrittspartei sich gekränkter fühlender Reichsboten hätten gewirkt; befremdete, über das Treiben ihrer Fraction entrüstete Nationalliberale versicherten, es würden kaum 18 nationalliberalen Stimmen auf Hänel fallen. Da nun das Centrum und die nicht dem Schlachtruf des Dr. Wallrichs folgenden Reichsfeinde sehr schwach vertreten waren, so war in diesem Falle Hänels Niederlage sicher. Aber was dann? — Die Wahlen verließen beim 1. u. 2. Präsidenten ganz glatt. Forckenbeck bekam alle Stimmen; dem Freiherrn von Stauffenberg entgingen nur die Stimmen einer Anzahl Clericalen, die weiße Zettel abgaben. Sehr allgemeine Erwartung. Zur dritten Präsidentenstelle wurden 212 Zettel, darunter ein weißer abgegeben. Von den 211 Zetteln lauteten 118 auf Löwe, 89 auf Hänel, je einer auf Bethusy-Huc, v. Saucken-Tarpischen, Schulze-Delitzsch, Schmidt-Stettin. Wenn die Herren Conservativen und Nationalliberalen, die Löwe gewählt hatten, ernstlich gemeint hatten, Löwe werde sich zu solcher Demonstration gegen Hänel und die Fortschrittspartei missbrauchen lassen, so kannten sie Löwe sehr schlecht. Dieser lehnte ab. Jetzt sprang der freiconservative Dr. Lucius auf und beantragte Vertragung. Höhnisches Bravo auf fortgeschrittl. Seite. Die Absicht lag zu klar — und die Vertragung wurde abgelehnt und das Wahlergebnis fortgesetzt. Inzwischen hatte sich die Aufregung gesteigert. Der siegreiche rechte Flügel und das Gros der Nationalliberalen schien einzusehen, daß das kindliche Vergnügen, welches sie sich erlaubten, wenig der Würde des Reichstags entsprach. Als die Zettel entfaltet und verlesen wurden, fiel der erste auf den Herzog von Ujest, der gar nicht

blieben 204 (199 ist Beschlussfähigkeitssiffer!) Davon 31 unbeschrieben, 111 Hänel, von Schwarze 38, Klop-Berlin 11, Graf Bethusy 5, v. Saucken-Tarpischen 2, Eberty 2, Löwe 1, Miquel 1, Schmidt-Stettin 1 und Dr. Wallrichs eine — „hört hört!“ und großes Gelächter bei der Fortschrittspartei. Auf des Präsidenten Frage erklärte Hänel in sehr gleichmütigem ruhigen Tone: „Herr Präsident, indem ich für das Vertrauen, welches in dieser auf mich gefallenen Wahl liegt, meinen besten Dank sage, lehne ich diese Wahl ab!“ Lebhafte Bravo der Linken. Der Präsident Forckenbeck, der das Treiben der Nationalliberalen stark mißbilligt, schlug nun selbst Vertragung vor, bis morgen 11 Uhr. Seine Stimme klang so erregt, wie fast noch nie. Laske bat die Sitzung erst später anzusezen, da über den dritten Präsidenten Verständigung nötig sei. Laske, Forckenbeck, Stauffenberg u. s. w. werden sich bis morgen gewiß alle Mühe geben, eine Verständigung zu erzielen, — für die Fortschrittspartei kann es nur angenehm sein, wenn vor aller Welt dargelegt wird, daß der große Krach in der nationalliberalen Partei nicht ausbleiben kann.

△ [Dementi.] Die in hiesigen Blättern enthaltene Nachricht, daß der Director des Königlichen Literarischen Bureau, Geheimer Regierungsrath Dr. Küttig am 1. Nov. aus dem Staatsdienste geschieden sei, ist unrichtig, da der genannte Beamte noch in Funktion ist. Doch erfährt man, daß derselbe schon vor einiger Zeit wegen andauernd leidender Gesundheit seine Entlassung nachgesucht hat.

Wroclaw. [Landtag.] Der seit dem 25. October versammelte Landtag für Waldeck-Pyrmont ist bereits am 28. wieder geschlossen worden, nachdem derselbe u. A. seine verfassungsmäßigen Rechte bezüglich einer Landesfassen-Rechnung wahrgenommen.

Nürnberg, 2. Nov. [Resolution.] Aus Anlaß einer geistlichen Beleidigung, die dem liberalen Abgeordneten Pfarrer Krauhold wegen verschiedener auf dem Landtag von demselben befürworteter kirchlicher Reformbegehren im Schoße mehrerer evangelischer Synoden Frankens angehoben worden, in welchen die Orthodoxen die Majorität haben, tagte am 27. d. in Nürnberg eine Versammlung liberaler Protestant, welche einstimmig folgende Resolution annahm:

Die in Nürnberg versammelten Mitglieder der protestantischen Kirche erklären: 1) Daß sie eine Reorganisation unserer obersten Kirchenbehörde und zugleich unserer Synodalverfassung als dringend nothwendig erachten, und zwar zum Zwecke der Erweiterung der Befugnisse der Gemeindevertretung gegenüber dem Kirchenregimente; 2) daß sie daran festhalten, daß im Interesse der protestant. Kirche das Recht der freien Forschung, Geistlichen wie Laien, unverkürzt erhalten bleibe; 3) sie legen Verwahrung dagegen ein, daß die Synoden dazu benutzt werden, um über Neuordnungen der Abgeordneten zu Gericht zu führen. Auf dem Boden der protestantischen Kirche stehend, weisen wir solche Ausnützung einer auf Priesterherrschaft hinzu.

Diese Resolution soll dem Cultusminister v. Lutz durch eine Deputation überreicht werden; da jedoch begründete Zweifel bestehen, ob sie zum gewünschten Ziele führen werde, so wurde beschlossen, einen Verein zu gründen, welcher die Verfolgung der von ihr ins Auge gefassten Ziele sich zur ständigen Aufgabe macht. Derselbe soll heißen: „Verein für Reform von Lehre und Verfassung der protestantischen Kirche auf Grund der reformatorischen Prinzipien.“ Am Reformationsfest (5. November) wird er seine constitutende Versammlung abhalten.

München, 2. Nov. [Die Frage der Beziehung des Würzburger Bischofsstuhles] betrifft, theilt das ultramontane „Straubinger Tagblatt“ mit, daß die „Ernennung des Carmelitpaters Ambrosius zum Bischof von Würzburg vom Ordensgeneral, ohne dessen Genehmigung der Carmelit eine höhere geistliche Würde nicht annehmen dürfe, abgelehnt worden sei. „Man hätte eben vorher anfragen sollen“ bemerkte schließlich das genannte Blatt in hämischer Weise.

Österreich.

Wien, 1. Nov. [Die Königin von Griechenland] ist gestern Nachmittag von hier abgereist.

Schweiz.

Bern, 29. Oct. Über die jüngsten Vorgänge im Canton Tessin berichtet die in Lugano erscheinende „Gazzetta Ticinese“, ein sehr gemäßigtes Blatt: „Lugano, 25. Oct. Seit letztem Montag verbreite sich in Lugano das später bestätigte Gerücht, daß man in Magliaso und Tessin mit der Ansammlung bewaffneter Mannschaften beschäftigt sei, deren Bestimmung man nicht recht kenne. Laut einer Version sollte es sich um eine bewaffnete Demonstration gegen Locarno handeln, nach einer anderen um einen Angriff auf Lugano. Unter diesen Umständen erließ das liberale Comité von Lugano im Einverständnis mit den Stadtbehörden einen Aufruf an die Liberalen der Umgegend und sandte gestern bei Tagesanbruch zwei Compagnien Milizen auf Reconnoisirung nach der Seite von Magliaso aus, von wo die Nachrichten von der bewaffneten Bewegung gekommen waren. Die Luganesen kamen in Agno an, daß sie in größter Ordnung militärisch besetzten; von dort stießen sie die Reconnoisirungen nach den nächsten Dörfern, namentlich nach Magliaso weiter vor. Als Resultat derselben ergab sich die Gewissheit, daß die Ultramontanen die Nacht vorher Magliaso verlassen und auf der Straße von Ostarienta nach Tessinmarsch marschiert waren, wo sie sich mit anderen bewaffneten Corps vereinigt hatten. In Folge dieser Nachrichten lehrte eine der aus Luganesen gebildeten Compagnien gestern Abend nach Lugano zurück, während die andere, mit welcher, wie man sagt, die Liberalen von Boggio sich verbunden hatten, Stellung zu Ostarienta nahm und sich mit den bewaffneten liberalen Corps von Orglio und den bewaffneten Dörfern in Verbindung setzte. Während dieser Zeit herrschte in Lugano, daß von einem zahlreichen Corps Bewaffneter, gebildet aus Bürgern der Stadt und der benachbarten Dörfern, so wie aus einer zu diesem Zweck herbeigerufenen Compagnie aus Mendrisio, beschützt war, die größte Ruhe und am gefährlichsten Marthage gingen die Geschäfte ganz wie gewöhnlich. Die Nachrichten aus anderen Theilen des Cantons melden allerdings, daß überall große Aufregung sei. In Locarno, in Bellinzona haben sich die Liberalen behufs der Vertheidigung der Ordnung bewaffnet und der Paß des Moncenero ist von den Liberalen von Rivera und einer Compagnie von Bellinzona besetzt. Gestern Abend verbreiteten sich die alarmirenden Gerüchte betreffend Locarno, die jedoch nicht bestätigt wurden. Nachrichten aus dem District Mendrisio melden, daß auf diesem Punkte das

und noch eine andere Compagnie kam Abends von Mendrisio an und wurde in der Caserne untergebracht. Endlich traf gestern Abend ein Telegramm des Staatsraths an Oberst-Lieutenant Mola ein, welches meldete, daß die Regierung die erste Compagnie des Infanterie-Bataillons Nr. 94 und die erste Compagnie des Scharfschützen-Bataillons Nr. 8 in eidgenössischen Dienst einberufen, diese in Lugano, jene in Bellinzona, und unter das Commando des Oberst-Lieutenant Mola gestellt und daß sie die Entlassung sämtlicher bewaffneter Corps angeordnet habe. Diese Morgen ist die Miliz, unterstützt von einem Corps Freiwilliger, auf verschiedenen Straßen abmarschiert, um Tessere zu besetzen. Herr Babier, begleitet von Herrn Bernasconi, ist nach Locarno abgereist.

## Italien.

Rom, 29. Oct. [Der Minister-Präsident De Pretis] wurde — so schreibt man der „Woss. Z.“ — gestern vom Könige in Turin empfangen. Über den Zweck dieser Audienz laufen mehrfache Gerüchte um. Die wahrscheinlichsten sind jene, welche dieselbe mit der orientalischen Frage in Beziehung bringen, da nicht anzunehmen ist, daß die Zwistigkeiten, welche im Innern des Cabinets allerdings nicht wegzuleugnen sind, in dem Augenblick, in welchem man von der Urne die Neubildung der Kammer erwartet, die Vermittelung des Königs beanspruchen oder gar eine Krise in Aussicht stellen. Daß dem Conseil-présidenten die Präpotenz des Ministers des Innern unerträglich sein muß, ist leicht verständlich, die Wahlen legen aber beiden einen Zügel an, den Nicotera zu seinem Vortheil zu verwerthen nicht anstrebt. De Pretis befindet sich in der schlimmen Lage, entweder die Wahlen zu compromittieren, oder sich alle Annahmen Nicotera's gefallen zu lassen. Dem Renegaten ist jetzt nichts conservativ genug. Hat er doch vor einigen Tagen es sogar polizeilich verbieten lassen, den 1867 bei der Villa Glori, wo einen der Brüder Cattoli bei dem nächtlichen Uebersall auf Rom mit 80 Mann massakriert wurde, Gefallenen einen Gedenkstein mit Inschrift zu setzen! Nicotera kommandierte damals als General den linken Flügel der Garibaldischen Armee, mit dem er aber nie anfam und deshalb Gegenstand der schlimmsten Anklagen wurde. Heute erregt eine Erinnerung an jene Tage seine neo-absolutistischen Nerven.

[Zur Trientiner Frage. — Garibaldi.] Aus dem von der „Opinione“ so leichtsinnig begonnenen Spiel mit der Trientiner Frage erwachsen nun doch allerlei Unannehmlichkeiten. Die österreichische Presse hat mit maßloser Hestigkeit gegen ein einfaches Wahlmaßnahmen reagiert, und es ist ihr nun gelungen, wirklich eine Trientiner Frage zu schaffen. In Trient selbst rumoren die Unionionisten, während die österreichische Regierung wieder zu den Maßregeln greift, die sie 1866 im Venezianischen anwandte. Es treffen hier täglich Nachrichten über Verhaftungen und Prozesse ein, welche in Trient, in Riva, Mori u. s. w. vorkommen. Es fehlt nur noch, daß der alte Garibaldi die Sache wieder tragisch aussähe. Das ist nun auch geschehen. Die heutige „Capitale“ bringt einen Brief des Generals aus Cavriera vom 25., der so heftig ist gegen Österreich, daß ich Anstand nehme Ihnen den Wortlaut mitzuteilen. Derselbe schließt mit der offenen Aufrufung zum Kriege. Das Blatt wurde heut Abend noch unbehindert verkauft. Es sollte mich übrigens sehr wundern, wenn der Brief ohne diplomatische Folgen bliebe. Der officielle Appell des Cabinets, die Polemit im Interesse des Friedens ruhen zu lassen, welchen der „Diritto“ neulich in sehr dringender Form brachte, konnte kein ungünstigeres Resultat haben als den Brief Garibaldi's, der der Regierung sehr ungelegen kommen muß.

[Die Pilgerfahrten] werden vom Vatican immer grohartiger betrieben. Am 3. Juni, an welchem Pius IX. sein Bischofsjubiläum feiert, werden große Pilgerzüge aus den Vereinigten Staaten und aus Canada erwarten.

[Geheime Instruction für die Wahlen der Katholiken.] Die „Voce della Verità“ demonstriert heute die Echtheit der von der „Königlichen Zeitung“ gebrachten Instruction für die bevorstehenden Parlamentswahlen.

[Erdbeben.] Vorgestern hat hier Nachmittags 3 Uhr ein leichtes Erdbeben stattgefunden. Stärker war es bemerkbar in Palästina, hauptsächlich aber in Tivoli, wo einige Häuser Schaden gelitten haben sollen.

## Frankreich.

\* Paris, 31. Oct. [Die deutsche Thronrede.] „Unter den jetzigen Umständen“, schreibt der „Moniteur Universel“, „sind die Worte, die der Kaiser Wilhelm bei Eröffnung des Reichstages sprach, von besonderer Wichtigkeit. Wir schätzen uns glücklich, constatiren zu können, daß sie den Stempel eines sehr ausgeprägten friedlichen Charakters tragen. Die Worte, die sich auf Deutschlands friedliebende Haltung beziehen, haben einen deutlich ausgesprochenen friedlichen Sinn. Es ist auch wirklich nicht zweifelhaft, daß weder die Ehre noch die eigenen Interessen Deutschlands bei der Orientfrage im Spiel sind, und es folglich fortfahren muß, die Politik der Verjährung, die bis jetzt die einzige war, weiter zu verfolgen. Endlich ist die Stelle, in der Kaiser Wilhelm von der inneren Politik seiner Regierung spricht, vielleicht noch bedeutungsvoller.“

[Gegen die Angriffe der antirepublikanischen Presse an die Regierung.] Der officiöse „Moniteur“ enthält folgende eigenthümliche Mittheilung:

„Wir glauben zu wissen, daß die Angriffe, welche gewisse clericale und bonapartistische Blätter seit einiger Zeit gegen die republikanische Verfaßung richten, so wie die böswilligen Verdächtigungen derselben gegen das Staatsoberhaupt im Ministerium des Innern sehr ernste und lebhafte Besorgnisse hervorriefen. Leider kann das Ministerium des Innern nicht die Initiative ergreifen, um die gegen die gegenwärtige Regierungsform gerichteten Angriffe zu verfolgen, und die Gerichtsbehörden bleiben vollständig befreit, zu beurtheilen, ob Grund zu einem Prozeß vorliegt. Diejenigen, welche die Regierung der Nachlässigkeit und Gleichgültigkeit anklagen, begehen einen großen Irrthum, denn wie wir hören, blieb sie keineswegs unempfindlich bei der leidenschaftlichen und selbst gewaltsamen Polemit, deren man sich seit einiger Zeit gegen alles bedient, was die republikanische Verfaßung betrifft.“

Diese Note ist offenbar gegen die Gerichtsbehörden gerichtet, welche meist aus Bonapartisten und Clericalen bestehen, die von Broglie und Consorts während der Herrschaft der moralischen Ordnung eingeführt und von Dufaure fast alle in ihrem Amt belassen wurden.

[Päpstliches Breve.] Der Papst hat dem Präidenten des Pariser katholischen Comité's ein Breve zugesandt, worin er denselben dankt für die Mittheilung der Berichte, welche in der allgemeinen Versammlung der Katholiken von Frankreich verlesen worden, Gott anstrebt, er möge das Werk in seinen Schutz nehmen und dem genannten Präidenten und seinen Collegen seinen apostolischen Segen angehören läßt.

[Gedenkfeier.] Heute Morgen fand im Bourget die sechste Jahressfeier des Kampfes vom 30. October 1870 statt. Viele höhere Offiziere, darunter General Haouron, Commandant der Militärschule von St. Cyr, wohnten der Feier an. Die Mitglieder der Ambulanz, der Presse und eine große Anzahl anderer Civilpersonen hatten sich eingefunden.

[Spanisches.] Aus sicherer Quelle verlautet, daß die spanische Regierung die Ausweisung von Ruiz Zorrilla aus Frankreich verlangt und diesem Gesuch hier willfährig werden wird. Don Carlos, der sich noch immer in Paris befindet, geht am 15. November eine große Abendgesellschaft in seinem Hotel (Rue de la Pompe 47), zu dem der ganze Faubourg St. Germain geladen ist.

[Pasdeloup.] Der Director der nach ihm getauften Concerte, wo am letzten Sonntag die deutschfresserischen Scenen spielten, schreibt an den „Figaro“:

Herr Redacteur! Gestatten Sie mir, dem Publikum einige nothwendige Erklärungen über mein Auftreten nach dem Vortrag des neuen Marsches von Wagner zu geben. Heute ist über Herrn Wagner als Menschen das Urteil gefällt, aber über den großen Meister hat man bei uns noch nicht abgeurtheilt. Ich glaube, daß Frankreich nicht außerhalb der musicalischen Bewegung bleiben darf, die sich außerhalb unserer Grenzen fundigt; es ist die Pflicht der volkstümlichen Concerte, die immer vorangezogenen sind, Paris die Werke vorzuführen, die man nicht bewundern kann, welche man aber nothwendig kennen müßt und auf die ein großer Theil meines Publikums gespannt ist. Es scheint mir, daß mein Auftreten während unserer Unglücksfälle, wo ich meine Frau und Mutter in der Hoffnung verließ, meinem Lande dienen zu können, mich davor schützt, auf die Anklage des Mangels an Patriotismus antworten zu müssen. Ich habe weder das Recht, den Einen Wagner aufzwingen, noch das, die Anderen desselben zu berauben. Ich kann nur Federmann bitten, weniger Leidenschaft bei einer künftigen Frage kundzugeben und die Musik von Wagner unter den Schatzens der großen klassischen Componisten zu stellen, in deren Cultus wir Alle durch das gleiche Gefühl der Bewunderung vereinigt sind, Genehmigen Sie ic.

Pasdeloup.

So das Schreiben des Directors der „Concerts populaires“, der bekanntlich ein Schüler Meyerbeer's war, die Direction des Schillerfestes (Paris 1869) übernommen hatte und, seit er in Frankreich wohnt, seinen deutschen Namen ins Französische übersetzt hat. Pasdeloup, der, wie er auch selbst in seinem Schreiben sagt, sich während des Krieges und nach demselben so benahm, als wenn er ein geborener Franzose wäre (er entließ sogar alle deutschen Künstler aus seinem Orchester), verdient jedenfalls nicht die Vorwürfe, die ihm Franzosen machen. Die Wagner'schen Stücke gab er natürlich nur, weil er wußte, daß dieselben ziehen müssten. Wie es heißt, will er aber mit der Aufführung der Wagner'schen Stücke fortfahren. Die Stimmung in Paris ist in Folge der Sonntagszwischenfälle sehr gereizt und diejenigen Blätter, namentlich die bonapartistischen, welche sich bei jeder Gelegenheit als die Deutschfresser zeigen, verlangen schon heute, daß man die „Concerts populaires“ schließe, da man sie nicht dulden dürfe, wo öffentliche Verunreinigungen untersagt seien.

## Spanien.

Madrid, 27. Oct. [Zur Religionsfreiheit.] Die „Gaceta de Madrid“ brachte am 24. d. ein Rundschreiben an die Gouverneure der Provinzen, welches merkwürdiger Weise nicht den Minister des Innern, sondern Canovas zum Verfasser hat und von der Auslegung des Art. 11 der Verfaßung handelt. Es ist noch nicht einen Monat her, als die Regierung in ähnlicher Form an die Vertreter Spaniens im Auslande schrieb, daß nur solche im Zweifel über den Sinn des berüchtigten Artikels sein könnten, welche an denselben voreingenommen und in schlimmer Absicht herantraten. Später ist die ministerielle Presse einen Schritt weiter gegangen, indem sie anzeigen, daß die Cortes Regeln zum besseren Verständniß oder gar Zusätze zu diesem Theile der Verfaßung erlassen müssten; sie hat damit die thatächliche Unklarheit derselben anerkannt. Heute ist nur der Minister-Präsident selbst dieser Ansicht beigetreten; er will nicht, daß die Cortes Hand an sein Werk legen. Das Rundschreiben führt die Toleranz auf den denkbar kleinsten Grad zurück. Es ruft den Spaniern ins Gedächtniß, daß die katholische Religion die des Staates ist und darum allein Unrecht auf Schutz hat. Im Weiteren wird der Ausdruck: „imanifestacion pública“, öffentliche Kundgebung, nach dem Strafgesetzbuche und nach der spanischen Akademie erklärt. Aus ersterem ergiebt sich, daß diejenigen strafbar sind, welche durch Reden, Schriften, Fahnen, Inschriften, sonstige Zeichen oder irgend welche andere Thaten öffentliche Kundgebungen hervorrufen. Die gelehrte Körperschaft, deren Obhut die Reinhaltung der Sprache Cervantes' anvertraut ist, erklärt ihrerseits, daß öffentliche religiöse Kundgebung jede Handlung ist, welche außerhalb des geschlossenen Raumes eines Hauses, eines Tempels, eines Kirchhofes erklärt, aufdeckt und zu erkennen giebt, was inwendig aufbewahrt oder verborgen ist. Hieraus schließt die Regierung, daß Zuschriften und Maueranschläge an protestantischen Kirchen nicht geduldet werden können. Es heißt darüber wörtlich:

„.... Die Regierung des Königs verlangt von den abtrünnigen Seiten, zu Gunsten der Staatsreligion Achtung und Rückicht, wie sie das Strafgesetzbuch für die Regierungsform vorschreibt, welche gleichfalls der Ausdruck des Willens einer ungebundenen Mehrheit des Landes ist; darum muß alles verboten werden, was in direkter Weise und auf der Straße der römisch-katholisch-apostolischen Religion zu widerläuft, gleichviel ob dasselbe in persönlichen Handlungen, Sinnbildern, Inschriften, Anzeigen oder sonstigen Zeichen besteht.... Die Schule ist von der Kirche als getrennt zu betrachten; sie fällt nicht unter Artikel 11, sondern unter Artikel 12.“ Danach dürfen nur Spanier Schulen gründen; natürlich, denn nicht in die Hände von Ausländern darf man die Erziehung jener Generationen legen, welche die glückliche Bestimmung haben, von der Hinterlassenschaft des Herrn Canovas zu zehren. Der Staat wahrt sich damit eine beständige Aufsicht über die Schulen; er wird diejenigen schulen lassen, die nicht nach seinem Geschmack sind. Die weiteren Ausführungen der Vorrede bieten mehr Interesse durch ihre tadellose classische Form als durch ihren Inhalt. Die Bestimmungen selbst lauten wie folgt: 1) Von heute an ist jede öffentliche Kundgebung von Culten und Secten, die der katholischen Religion abtrünnig geworden sind, außerhalb des geschlossenen Raumes ihrer Tempel und Kirchhöfe verboten. 2) Um die Wirtschaft der vorstehenden Maßregel zu sichern, werden als öffentliche Kundgebung betrachtet werden jede Handlung, die auf der Straße ausgeführt wird, jedes Zeichen an der äußeren Mauer des Tempels oder Kirchhofes, welches die Ceremonien, Riten, Sitten und Gebräuche der abtrünnigen Kirche verröhrt, sowie alle Umzüge, Inschriften, Fahnen, Sinnbilder und Maueranschläge. 3) Diejenigen, welche Tempel oder Kirchhöfe errichten und eröffnen, die zum Gottesdienste beziehungsweise zur Beerdigung von abtrünnigen Sectieren dienen sollen, sind gebahlt, der Obrigkeit (Gouverneur, Unter-Gouverneur oder Bürgermeister) unter Angabe des Namens des Directors oder Vorstebers acht Tage vorher Anzeige zu machen. Diefer Vorstchrift haben auch die Gründer und Vorsteher der bereits bestehenden Tempel und Kirchhöfe binnen vierzehn Tagen nachzutun. 4) Die Schulen sind von den Kirchen unabhängig und werden als getrennt von denselben betrachtet in allen Rechtsangelegenheiten. Die Vorsteher und Directoren derselben müssen Spanier sein. Sie haben die Namen und academischen Titel (wo solche vorkommen) der unter ihnen stehenden Lehrer der Obrigkeit mitzuteilen. 5) Die Versammlungen, welche innerhalb der Kirchen und Kirchhöfe, sowohl der Abtrünnigen als der Katholiken, abgehalten werden, sind der verfaßungsmäßigen Unverlehrbarkeit so lange theilhaftig, als darin nicht gegen polizeiliche Vorschriften gehandelt oder irgend ein durch das Strafgesetzbuch gegebene Vergehen begangen wird. 6) Die Schulen und Lehranstalten ohne Unterschied der Religion sind der fortwährenden Aufsicht des Staates unterworfen, wie das in dem Decret vom 29. Juli 1874 vorgeschrieben ist. 7) Versammlungen, welche außerhalb des Tempels oder sonstiger dazu bestimmter Räume abgehalten werden, sind nach wie vor der königlichen Verordnung vom 7. Februar 1875 unterworfen. Dieselben können vom Gouverneur, Unter-Gouverneur oder Alcalde als ungeeignet aufgelöst und ihre Anstifter den Gerichten überliefert werden, sobald die nötige besondere Erlaubnis nicht im voraus eingeholt worden ist.“

## Österr.-Ung.-Schlesien.

Konstantinopel, 31. Oct. [Zum Waffenstillstand.] Wie hier verlautet, erwiederte Abdul Kerim Pascha dem Großvizepräsidenten, als dieser ihm mittheilte, die Regierung sei geneigt, einen sechswöchentlichen Waffenstillstand anzunehmen, und möge er daher die Feindseligkeiten einstellen, daß er einen bedingungslosen Waffenstillstand nie annehmen werde, und sollte ihn die Regierung dazu zwingen, so werden er und alle seine Generale sogleich ihre Demission eintreten und dann das Heer verlassen.

(W. Tagbl.)

Konstantinopel, 27. Oct. [Die Krankheit Sultan Murad's.] Die „Turquie“ übersetzt in französischer Sprache den Text des Gutachtens mit, welches die zu einer Consultation berufenen Aerzte in Form eines Protokolls über den Zustand des früheren Sultans Murad

abgegeben haben. Dieses Gutachten lautet: „Eingeladen, über die Krankheit des Ex-Sultans Murad unsere Ansicht abzugeben, haben wir in dem am 20. Septbr. überreichten Berichte erklärt, daß nach unserem Dafürhalten das Uebel, von dem Se. Majestät heimgesucht wird, unheilbar ist. Wir fügen heute bei, daß in dem Falle selbst, daß gegen alle Vorausicht nach einiger Zeit eine Besserung eintreten sollte, Se. Majestät niemals den vollen Gebrauch seines Verstandes und seiner geistigen Fähigkeiten wieder erlangen wird. Urkundlich dessen haben wir unterschrieben: Dickson, Arzt der englischen Botschaft. Marroin, Arzt der französischen Botschaft. Müllig, Arzt der deutschen Botschaft. Socco, Arzt der österreichisch-ungarischen Botschaft. Mongeri, Arzt, Castro.“

Belgrad, 1. Nov. [Über die letzten Kämpfe] meldet das „W. Tagbl.“: Sonntag Nachmittag nahmen die Türken Djunis nach einem harten, verzweifelten Kampfe. Die russische Brigade, welche aus 1000 Mann bestand, verlor 700 Tote und verwundete, die serbische Infanterie schlug sich schlecht, sogar die Artillerie floh im kritischen Augenblick des Kampfes. Horvatovic erhielt Befehl, sich über Krusevac einen Weg ins serbische Morawatal zu bahnen, um sich wieder mit Tschernajeff zu vereinigen, sobald die neue Vertheidigungsline bei Tschuprija gebildet ist. Deligrad mit allen dort gebauten Winterquartieren wurde von den Serben verbrannt, um die Benutzung und Einnahme derselben durch die Türken zu verhindern. Die Russen sind über das serbische Militär erbittert und wollen nicht mehr für Leute fechten, welche sie die Positionen verlassen. Es herrscht große Demoralisation in der serbischen Armee; thielweise arbeitet der Rückzug in wilde Flucht aus. Die richtige Zahl der Toten und Verwundeten anzugeben, ist rein unmöglich. Nur im Corps von Horvatovic herrscht gute Ordnung. Dasselbe hat auch verhältnismäßig wenige Verluste. Tschernajeff fuhr dem Fürsten Milan bis Paratschin entgegen. Der Fürst brach in Thränen aus. Man glaubt, daß die Türken in Krusevac Winterquartier nehmen werden.

## Provinzial-Zeitung.

— d. Breslau, 2. Novbr. [Bezirks-Verein des nordwestlichen Theiles der inneren Stadt.] In der gestern Abend im Café restaurant abgehaltenen Versammlung, welche von mindestens 150 Personen besucht war, referierte der Vorsitzende, Sanitätsrat Dr. Eger, über das Meldeamt. Redner hält es nicht für ganz correct, daß diese Verordnung, mittelst welcher das Einwohner-Meldeamt bereits in Function getreten ist, nicht erst der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnahme und Beratung unterbreitet worden ist. Eine juridische Verstülpfung hierzu liege allerdings nicht vor, indeßen habe man in Berlin dieses Vorgehen auch für angezeigt erachtet, die Stadtverordnetenversammlung zu hören. Die Verordnung mußte umso mehr die Stadtverordnetenversammlung zugehen, als die neue Einrichtung mit nicht unbedeutenden Kosten verknüpft sein wird. Die Bereitung des Einwohner-Meldeamts weist Redner nach durch die Ausführungen des Herrn Dr. Brück, wonach das Meldeamt die Bewegungen in der Commune, wie für das Standesamt in der Familie anzugeben hat. Die Nachtheile des Meldeamts findet Redner in den Kosten, welche dasselbe verursachen wird, ferner in dem bureauristischen Formalismus, welcher zu vielfachen Beleidigungen und Strafen führen werde. Demgegenüber seien freilich auch die Vortheile nicht zu unterschätzen. Für jeden Bewohner der Stadt ist es wichtig, jeden Augenblick erfahren zu können, wo Jeder wohnt. Das Meldeamt bewirkt eine gute polizeiliche Kontrolle und bringt eine für die Stadt notwendige Vermehrung der Polizeibeamten. Ein anderer Vortheil des Meldeamts ist es, daß es diejenigen, welche sich durch irgend welche Umstände der Besteuerung zu entziehen gewussten, zur Steuer heranzieht. Ob die Verordnung eine längere sein könnte, überläßt Redner der Beurtheilung der Versammlung, welcher er im Weiteren den Wortlaut der Verordnung nebst Erklärungen mittheilt. Nach Gründung der Discussion hält zunächst Herr Dr. Eras das Meldeamt im Allgemeinen für eine nothwendige und unerlässliche Einrichtung. Dasselbe habe und jedoch mit einer viel zu großen Summe von Formalitäten belastet. Redner hofft, daß die Polizei-Behörde und der Magistrat noch Reformen eintreten lassen werden, Reformen, die eine Vereinfachung des Instituts herbeiführen. Zuwielier Markfeldt beantragt, naddem von verschiedenen Seiten anerkannt, daß das Meldeamt eine große Menge Plakaturen für das Publikum enthalte: „Der Bezirksverein möge beschließen, das Königl. Polizei-Präsidium zu eruchen, den § 4 dieser Verordnung dahin abzuändern, daß der Vermieter bei Anmeldungen so zu verfahren habe, wie bei der Abmeldung, d. h. nur das Familienhaupt anzumelden und der Mieter soll dann verpflichtet sein, speziell seinen ganzen Personenstand anzumelden“. Stadtverordneter Joachimsohn beweist einen Erfolg von der Annahme dieses Antrages, empfiehlt, die Wirkung des Meldeamtes abzuwarten und beantragt, über alle Abänderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen. Spediteur Goldschmidt plädiert für Annahme des Antrages Markfeldt. Dr. (Redner) versteht die Ausführungen des Stadtv. Joachimsohn nicht, erst die Plakaturen der Verordnung jahrelang zu tragen und dann gebüldig zu sehen, ob die Polizei-Behörde so gut sein werde, die Bürger zu entlasten. Durch Annahme des Antrages Markfeldt werde ein Funke in die Bürgerchaft geworfen, der eine größere Bewegung in derselben hervorrufen werde. Diese Bewegung werde von der Behörde nicht unbeachtet gelassen werden können. (Allseitiger Beifall.) Nachdem sich an der weiteren Discussion noch die Herren Große und Stadtverordneter Latau beteiligt hatten, wurde bei der Abstimmung der Antrag des Stadtverordneten Joachimsohn einstimmig abgelehnt, der Antrag des Herrn Markfeldt dagegen mit großer Majorität angenommen. — Der zweite Punkt der Tagesordnung bildete eine Besprechung der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Nach den Mittheilungen des Herrn May sind im Vereinsbezirk folgende Wahlen zu vollziehen: Für die 2. Abteilung im Wahlbezirk 2 (bisheriger Stadtv. Städteverordneter Naumann Leyb), Wahlbezirk 3 (bisheriger Stadtv. Samosch), Wahlbezirk 7 (bisheriger Stadtv. Hübner) und im Wahlbezirk 5 (bisheriger Stadtv. Sensal Cohn). Da jedoch Wahlbezirk 5 nur zu einem sehr kleinen Theile in den Vereinsbezirk falle, so werde hier von einer Agitation Abstand zu nehmen sein. Die 3. Klasse hat zu wählen: Im Wahlbezirk 19 (bisheriger Stadtv. Brabadoen Dr. Ryde), im Wahlbezirk 20 (bisheriger Stadtv. Hirsch Joachimsohn) und im Wahlbezirk 24 (bisheriger Stadtv. Rosenbaum). Herr Vollrath theilt mit, daß der Bezirksverein früher nur insoweit in eine Agitation für die Stadtverordnetenwahlen eingetreten sei, als er ein Comite gebildet hat, welches die Wahlmänner der einzelnen Wahlbezirke zu Versammlungen einberief, in denen die Wähler ganz frei und ohne Beeinflussung sich aussprechen und ihre Kandidaten aufstellen können. Dieser Modus der Agitation wird auch für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen von der Behörde nicht beliebt. — Bei Erledigung des Fragestestens beschwert sich u. A. ein Fragesteller darüber, daß ein Theil des Burgfeldes, welcher sein Wasser vom alten Wasserbecken bezieht, schon längere Zeit ohne Wasser sei. Der Vorsitzende wird dieshalb eine Intervention an den Magistrat richten.

und Lieutenant v. Arleben aus Zawadzki als Vorsitzender des dortigen Kriegervereins zusammengetreten und wurde beschlossen, daß die Aufstellung der erscheinenden Vereine auf dem der Rechte-Oderufer-Eisenbahn zugewendeten Theile des hiesigen Bahnhofes erfolgen soll. — Am gestrigen Vormittag um 11 Uhr hat der von Bütow an das hiesige Königl. Kreisgericht versetzte Kreisgerichts-Director Schmidt als seine Geschäfte übernommen. Nach der von dem Abtheilungs-Dirigenten, Kreisgerichtsrath Möbius gehaltenen Begrüßungsansprache, welche von Herrn Schmidt als erwidert wurde, erfolgte die Vorstellung der zu dem feierlichen Acte versammelten Richter, Staats- und Rechtsanwälte und Referendarien, hiernächst aber die Vorstellung der übrigen Beamten in den einzelnen Bureaux. — Der hiesige Kataster-Inspector, Steuerrath Nehm, ist von dem Herrn Finanzminister zum 1. Januar f. J. in die erledigte Kataster-Inspectorei zu Frankfurt a. O. versetzt worden und wird seine hiesige Stelle demnächst einstweilen commissarisch von dem Kataster-Secretär Willmund aus Köln versehen werden. — Heut früh fuhr der um 7 Uhr 12 M. hier anlangende Personenzug Nr. 11 der Oberschlesischen Eisenbahn kurz vor der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof auf einen in der Richtung nach Oberschlesien stehenden Güterzug und zertrümmerte die letzten 4 Güterwagen, von denen einer auf die rechte Seite der Dammböschung, 2 andere auf die linke Seite stürzten, während der 4. auf die letzteren zu stehen kam. Drei Personen, darunter ein Postchaffner, sollen Contusionen, glücklicherweise nicht lebensgefährlicher Art, erlitten haben. Die in den Waggons enthalten gewesenen Güter sind zum Theil beschädigt und für die ebenfalls beschädigte Locomotive des Personenzuges mußte zur Weiterfahrt eine andere gestellt werden. Wie erzählt wird, war das Signal zum Anhalten des Zuges zwar gegeben, doch gelang es dem Locomotivführer beim Gewahren der Gefahr nicht mehr, die Bremsen zum wirksamen Eingreifen zu bringen. — Eine Anordnung der hiesigen Stadt-Polizei-Verwaltung, durch welche eine ganze Anzahl Einwohner angehalten werden, ihre am 1. October c. bezogenen Mietshäuser wieder zu verlassen, verdient allgemeine Beachtung. Nach § 52 der Baupolizei-Ordnung für die Städte vom 14. Mai 1857 dürfen nämlich Wohnungen in neuen Häusern erst nach Ablauf von 9 Monaten nach Vollendung des Rohbaues bezogen werden. Wird eine frühere wohnliche Benutzung der Wohnräume beabsichtigt, so ist die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde dazu nachzusuchen, welche je nach Umständen die Frist bis auf 4 Monate ermäßigen kann. Da diesen beiden Vorschriften Seitens der erwähnten Mieter nicht genügt worden ist, haben auch die bei der hiesigen königl. Regierung eingereichten desfallsigen Beschwerden keine die Anordnung der Stadt-Polizei-Verwaltung aufhebende Entscheidung zur Folge haben können.

# Herrnstadt, 2. Novbr. [Tageschronik.] Ein auch in weiteren Kreisen vielgefahner Mann, der Dr. med. Karl Wilhelm Koch, ist gestern in dem hohen Alter von 87 Jahren verschieden. Derselbe, in früheren Jahren ein vielgeachteter Arzt, hat Tausenden seiner Mitmenschen Heilung von ihren Leiden verschafft und war wegen seiner gelungenen Kuren an Geisteskranken auch über unser Vaterland hinaus berühmt. — Im Laufe voriger Woche kam eine Biegenerbande, bestehend aus 19 Leuten, mit 3 Fuhrwerken hier durch. Dieselbe wurde unter polizeilicher Escorte durch die Stadt geleitet und stieß ihre Reise nach Rawitsch zu weiter fort. — Nachdem der bisherige Kammerer Baumgart am 30. v. Mis. seine hiesige Stellung aufgegeben und nach Wohlau übergesiedelt ist, woselbst er als Kammerer-Kendant angestellt worden, erfolgte am 31. v. M. die Einführung des an Stelle des Genannten gewählten Amtssecretärs Rüdiger, ebenfalls als Kammerer-Kendant und Gemeinde-Steuer-Erheber. — Am vorigestrigen Tage ist eine Brandstiftung an der zur königlichen Domäne gehörigen sogenannten Heuscheuer, welche ganz einsam und entlegen von allen übrigen Gebäuden steht, verübt worden. Glücklicherweise erfolgte die baldige Entdeckung des Brandes und wurde derselbe, ohne Schaden angerichtet zu haben, unterdrückt.

\* Wohlau, 1. Nov. [Die General-Lehrer-Conferenz] unserer Diöcese wurde heute unter dem Vorsitz des Kreis-Schulen-Inspectors Herrn Superintendents Krebs abgehalten. Zur Einleitung derselben fand in der evangelischen Stadtpfarrei eine liturgische Feier statt, gefeiert von Herrn Pastor Fischer aus Piscovina, bei welcher Herr Organist Wittmann aus Leubus die Orgel übernommen hatte. Darauf folgten in einem Klassenzimmer des neuen Schulhauses mit Schülern der Oberklasse zwei Lehrproben in bibl. Geschichte und Geographie, gehalten von dem Lehrer Niediger aus Klein-Schmeigau und Lehrer Knappe aus Klein-Peterwitz. Außer 4 frank gemeldeten Lehrern fehlte kein College, auch die Herren Nebisören waren fast vollständig erschienen. Sodann wurde mit einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden, worin die Lehrer als Mitarbeiter am Bau des Reiches Gottes im Werke der Jugenderziehung begrüßt wurden, die Verhandlung eröffnet. Nach Beurteilung der Orgel- und der zwei Lehrproben wurde der Bescheid der königlichen Regierung (auf die vorjährigen Conferenz-Verhandlungen mitgetheilt) und ein statistischer Bericht über das Schulwesen gegeben. Nach demselben bestehen im Kirchenkreis 54 öffentliche Schulen, in welchen von 66 wirklichen, 3 Hilfslehrern und 2 Lehrerinnen 4851 Kinder unterrichtet werden. Bemerkte wurde: daß die Schülerzahl sich von Jahr zu Jahr verminder; so waren voriges Jahr 4870 und vor 20 Jahren 5401 Schüler vorhanden. Voriges Jahr fanden 13, dies Jahr 12 Versuchungen statt; vacant sind zwei Hilfslehrstellen. Die Leistungen sind fortwährend im Steigen, was namentlich im Betrieb des Religionsunterrichts die General-Kirchen-Bisitutions-Commission bezeugte. Die Lehrer Urban aus Hennigsdorf und Lehmann aus Schlosswitz hielten hierauf ihre Vorträge über das von der königl. Regierung gestellte Thema: "Auf welche Weise dürfte es möglich werden, die Kinder des unberziehenden Gesindes weiter zu fördern, als es bisher gegangen." Beide Arbeiten fanden allgemeinen Beifall — und wurde, nachdem der Vorsitzende dafür im Namen der Verfammelten gedankt, die Uebereinstimmung derselben bestätigt. Nach längerer Debatte bezeichnet der Vorsitzende als die maßgebenden Factoren, durch die es in der bewegten Angelegenheit allein zur Besserung kommen kann: die königl. Regierung, den Lehrer und den Local-Schulen-Inspector. An den ersten der genannten Factoren sind folgende Forderungen zu stellen: 1) Die königl. Regierung hat zunächst die Einrichtung von Kleinkinderschulen und Kindergärten zu bewirken; 2) Gleichheit der Methoden, Lehrpläne und Lesebücher anzunehmen; 3) zu der Verfügung vom 24. Juni möge die Behörde den Befehl erlassen: jedes Kind möge die achtjährige Cursus durchmachen; 4) die Überweisungs-Alteste seien speziell über Befragen, Leistungen und Schulbesuch während des ganzen Schulbetriebs; 5) die in § 4 der Verordn. vom 13. September gewährte Überweisungsfrist von 8 Tagen ist auf 3 Tage herabzuziehen; 6) die Einrichtung von Fortbildungsschulen ist anzustreben. — Der Lehrer hat folgenden Anforderungen zu entsprechen: 1) Genaue Beobachtung der Verfügungen über Herstellung eines regelmäßigen Schulbesuchs; 2) barmherzige Liebe ist den verwahrlosten Kindern entgegen zu bringen, ohne unzeitige Milde vorzuwalten zu lassen; 3) Aufnahme der anziehenden Kinder in den Schulkatalog. — Der Schulinspector wird seinerseits solche Kinder auch liebend im Auge behalten. Hiermit wird dieser Gegenstand abgeschlossen und wird Einsicht von dem Stand der Fischer-Haupt-Stiftung genommen, deren Vermögen sich auf 1733 M. 23 Pf. beläuft und welcher eine Zuwendung von circa 600 Mark durch die verstorbene Lehrer-Witwe Gittner bevorsteht. Die Rechnung pro 1875 wurde von den drei ältesten Senoren der Anwesenden geprüft und Urtheil ertheilt. Wegen Begründung einer Kreis-Lehrer-Bibliothek wurde eine Commission gewählt, welche die Statuten zu solcher berathen und feststellen soll und verpflichteten sich die Anwesenden zu einem Jahresbeitrag von fünfzig Pfennigen. Nach 2 Uhr wurde die Conferenz geschlossen.

d. Landeshut, 31. Oct. [In den Kreis-Vorstand] der Elementar-Lehrer-Witwen- und Waisen-Kasse wurden für die nächsten 3 Jahre durch Acclamation die Herren Bürgermeister Puhl hier selbst und Bürgermeister Streede in Liebau gewählt. Auf dem heute auf dem königlichen Landrats-Amt anberaumten Termin wurden für die neue Wahlperiode auf weitere 3 Jahre zu Kreis-Vorstand-Mitgliedern für die evangelische Elementar-Lehrer-Witwen- und Waisen-Kasse mit mehr als absoluter Majorität, und zwar wiederum gewählt die Herren Rector Langen hier selbst und Herr Lehrer Wohls zu Leppersdorf, und neu gewählt Herr Lehrer Knorr zu Krausendorf.

△ Reichenbach i. Schl., 1. Nov. [General-Lehrer-Conferenz.] Am 25. v. M. fand hier selbst die diesjährige General-Lehrer-Conferenz unter

dem Vorsitz des königlichen Kreis-Schul-Inspectors Höpfler statt. Es waren, mit ganz vereinzelten Ausnahmen, sämmtliche Local-Schul-Inspectoren, Lehrer und Lehrerinnen beider Confessionen anwesend. Nach Gesang und Gebet wurde der drei im Laufe des Jahres verstorbenen Lehrer: Brendel zu Obersdorf, Hampel zu Ernsdorf und Schwarzer zu Rischbach in ehrender Weise gedacht. Die Conferenz-Arbeit begann mit 2 Lehrproben, von denen die erste Cantor Lüze aus Ober-Langenbielau im Geiste und die zweite Lehrer Kirchner von der hiesigen evangelischen Stadt-Schule in der Geographie abhielt. Es folgten die Behandlung des vor der königlichen Regierung gestellten, in diesem Blatte wiederholt angegebenen Conferenz-Themas. Arbeiten über dasselbe waren geliefert von Lehrer Girndt aus Beilau-Schlößel, Lehrer A. Pohl aus Nieder-Mittel-Beilau, Lehrer Hübel aus Nieder-Lang-Seifersdorf und Lehrer Buhl aus Lauterbach. Die vom Vorsitzenden unter Benutzung dieser Arbeiten aufgestellten Thesen wurden besprochen und sodann unverändert angenommen. Endlich erfolgten noch statthafte Mittheilungen über das Schulwesen im hiesigen Inspectors-Bezirk und Besprechungen neuer Circulars-Verfügungen der königlichen Regierung, namentlich der den Besuch der Volkschule betreffenden Verfügung vom 13. September c. Nach 2 Uhr Mittags schloß der Vorsitzende die Conferenz mit einer Ansprache, welche im Namen aller Conferenzmitglieder das Gelöbnis zum Ausdruck brachte, die Liebe und Treue zum Vaterlande und zu Sr. Majestät dem Kaiser und Könige durch tägliche eifrige Pflichterfüllung und durch freudigen Gehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit zu bethalten und welche mit einem Hoch auf unser erhabenen Heldenkaiser endigte, daß mit Begeisterung aufgenommen wurde. Nach der Conferenz vereinigte ein gemeinsames Mahl den größten Theil der Lehrer zu freiem Beisammensein.

— r. Karlsruhe D.S., 2. Nov. [Herzogliches Geschenk.] Der Herzog Eugen von Württemberg hat mit seiner Gemahlin nach mehrmonatlichem Aufenthalt Schloß Carlsruhe wieder verlassen, um nach Stuttgart an den königlichen Hof zurückzufahren. Die hohe Frau hat aus Anlaß ihrer längeren Anwesenheit in idyllischen Carlsruhe den Armen auf den zur Herrschaft Carlsruhe gehörigen Drittschäften ein Gnadengebot von 1000 M. überwiesen. Die hohen Herrschaften haben am 31. v. Mis. die Rückreise über Oppeln zunächst nach Wien angetreten, um dort mit der aus ihrer Heimat sich befindenden Königin von Griechenland, Schwester Ihrer kaiserlich königlichen Hoheit der Großfürstin Bajera, zusammenzutreffen.

— W — Kattowitz, 1. Nov. [General-Lehrerconferenz.] Für die Lehrer des Kreises Kattowitz fand gestern im Saale des Hotel du Prés eine General-Conferenz unter dem Vorsitz des Kreis-Schulen-Inspectors Tzygan statt. Sie begann mit einer Beurtheilung der im vergangenen Jahre eingeführten Conferenzarbeiten, zu denen die Thematik folgende waren: 1) über die Harmonie der Erziehung; 2) über die analytische und synthetische Methode; 3) über die Gerechtigkeit des Lehrers und 4) der pädagogische und anatomische Gesichtspunkt beim Turnen und hatte eine Aufstellung neuer Thematik für die Nebenconferenzen, sowie das Verleben und die Erläuterungen mehrerer Regierungs-Verfügungen betreffend die Einführung resp. Abschaffung von Unterrichtsmitteln im Gefolge. Demnächst schloß sich die Mittheilung an, daß ein Fortbildungscoursus in Kattowitz eingerichtet werden würde, für welchen mehrere Lehrkräfte an den städtischen Schulen ihre Mitwirkung zugesagt hätten, und alsdann ging es an die Statistik des Elementarschulwesens im hiesigen Kreise. Aus derselben entnehmen wir, daß neben dem Verein für Verbreitung deutscher Sprache und Bildung ins Leben gerufenen Kreislehrerbibliothek 13 Schülerbibliotheken eingerichtet sind und die Zahl der Adjutantenstellen bis auf eine einzige abgenommen hat. Zum Kattowitzer Inspectorsbezirk gehören: eine höhere Töchterschule, 3 Simultanschulen (Kattowitz, Myslowitz und Antoniowitz), 30 katholische und 1 evangelische Elementarschulen, in Summa 135 Klassen mit 123 Lehrern. Auf dem Lande kommen auf 1 Lehrkraft nach durchschnittlich 144 Kinder und zur Herstellung des Verhältnisses, nach welchem 1 Lehrer höchstens 80 Kinder haben soll, sind für den Kreis Kattowitz noch 50 Lehrer nötig. — Zum Schluss werden die Wahlen der Kreisvorstände für die katholische und evangelische Witwen-Kasse vollzogen, nachdem vorher das Referat des Lehrers Kutschke aus Laurahütte über das von der königl. Regierung gestellte Thema: "Es soll die Bedeutung nachgewiesen werden, welche die Lecture der klassischen vaterländischen Schriftsteller für die Förderung der Kenntnis der deutschen Muttersprache wie für die Pflege nationaler Bildung hat", sowie das Correferat des Lehrers Rüdiger aus Kattowitz zum Vortrag und zur Debatte gelangt war. Die vom Correferenten aufgestellten 17 Thesen wurden angenommen. Auf den offiziellen Theil der Conferenz folgte ein gemeinsames Essen.

△ Leobschütz, 1. Nov. [Philosophie. — Selbstmord. — Wetter.] Der hiesige philologische Verein hielt gestern Abend seine erste Sitzung in dem eröffneten Wintersemester 1876/77 ab, in welcher nach Decharakterisierung der Jahresrechnung der Vorstand konstituiert wurde. Von den fünf Vorstandsmitgliedern wurden vier wiedergewählt und an die Stelle des nicht wiedergewählten fünften Mitgliedes trat auf Grund der vollzogenen Wahl der Gymnasial-Director Rösner in den Vorstand ein. Zum Vorsitzenden wurde der Professor Dr. Winkler, welcher dem Verein bisher mit anerkennenswerther Umsicht und Aufopferung vorgestanden hat, wiedergewählt. Demnächst hielt derselbe einen Vortrag über die Stellung der Frau auf dem Gebiete des Familienehres im Alterthum und Mittelalter. Der Verein zählt gegenwärtig 50 Mitglieder, von denen 17 anwesend waren. — Heute erschokt sich ein Gefreiter der hiesigen Escadrone des 6. Husaren-Regiments. — Gestern wurden wir von den ersten naßen Schneeschauern überrascht, die sich heute in gesteigertem Maße wiederholen. Die Höhe des mährischen Gebirges sind mit einer leichten Schneedecke überzogen, die von den Nadelholzen dunklem Grün nur stellenweise durchbrochen ist, und im Hintergrunde startet in vollem Winterkleide der Altvater in die kalte blaue Luft. Trüger nicht alle Zeichen, so stehen wir vor der Thür des Winters.

(Notizen aus der Provinz.) \* Neustadt. Aus Wiese wird berichtet: Die Auszüglerwitwe Zimmer und deren Dienstmädchen legten Sonntag Abend vor dem Schlafengehen noch Kleinföhre und Gries in den Ofen und um die Wärme zu erhalten, wurde die Witwe mit einem Stössel verstopft. Als am folgenden Tage der Sohn der genannten Witwe vom Felde kam, fiel ihm die Stille im Hause auf, ging deshalb an das Fenster und klopfte; da nun keine Antwort erfolgte, wurde die Haust- und Stubenhütte mit Gewalt geöffnet und es bot sich ein schauriger Anblick hier dar. Das junge Mädchen war vollständig erstickt, während die alte Frau noch mit dem Tode rang. — Nach herbeigerufenen ärztlichen Hülfe rettete diesmal noch der Auszügler das Leben.

+ Beuthen D.S. Die „Grenztz.“ berichtet: Herr Regierungspräsident v. Hagemeister ist von Oppeln hier eingetroffen und hat am 1. d. Vorm. den neuen Bürgermeister Herrn Girndt in Königshütte in sein neues Amt eingeführt. Mittags fand ein großes Diner in Wandel's Hotel statt, zu welchem die Bürgermeister und Stadtverordnete-Bürotheke der Nachbarstädte eingeladen waren.

△ Ratibor. Das Dorf Throm, zwischen Zauditz und Katschir gelegen, ist von zwei Seiten angefegt worden. Glücklicherweise sind auf den einen Seite derselben nur vier, auf der anderen nur drei Scheunen niedergebrannt. Nähre Nachrichten über die Brandstiftung fehlen noch.

## Handel, Industrie &c.

Berlin, 2. Nov. Die Börse eröffnete in zuwartender Haltung mit etwas schwächeren Coursen. Die Erledigung großer Abhälften von gestern auf heute mit Rückrämie — namentlich in Dester. Credit — wirkte indeß bald animirend. Als dann noch gegen 1½ Uhr die Haber'sche Meldung nach dem gelangte, daß der Waffenstillstand abgeschlossen sei, gab die Börse ihre Reserve mehr und mehr auf. Sie schenkte allerdings der etwas geschraubten Mittheilung, wonach die Türkei ihre Zustimmung zum Waffenstillstande von denjenigen Serbiens abhängig gemacht haben sollte, nicht unbedingt Glauben, aber sie hielt die Nachricht doch jedenfalls danach angethan, wieder Aihen zu köpfen und drückte dies durch weitere Steigerung der Cours aus. Daß die Blancoabgeber nicht sofort ihre Position verließen, darf bei dem Missbrauch, dem die politische Lage Europas überhaupt Nahrung giebt, kaum Wunder nehmen. Geld war flüssiger, die Disconto-Rate beziffert sich auf 3½ %. Von den internationalen Speculationspapieren gingen österreichische Creditactien sehr rege um und machten auch ziemlich mannigfache Schwankungen durch. Das Courstabelle, das sich gegen die Anfangsnotierungen um ca. 4 M. hob, zeigt indeß gegen den gestrigen Schluss, keine beträchtliche Erhöhung. Lombarden verhielten sich sehr ruhig. Die österreichischen Nebenbahnen blieben fast unberührt. Galizier ließen in der Cours etwas nach. Auch in den localen Speculations-Effecten fanden nur sehr geringfügige Umsätze statt.

Auf Discont-Commandit-Antheile blieb die auf dem Speculationsmarkt in der letzten Hälfte der zweiten Börsenstunde überhaupt auftretende Besserung nicht ohne Einfluß, der Ultimocours zog plötzlich und nicht ganz unbedeutend an. Zu bemerken ist jedoch, daß Castagoge hälfte in diesem Papier heut gar nicht zum Abschluß kamen. Discont-Commandit 111, ult. 109% bis 109½—110%. Laurahütte 68,75, ult. 68½—69%. Die ausländischen Staats-Anleihen notiren sämmtlich etwas niedriger als gestern, beihilfigen sich aber am Börse nur im allergeringsten Maße. Russische Wertpapiere waren angeboten und gingen in den Coursen zurück. 5 proc. Anleihe wurde per ultimo November zu 80½—80¾—79½—81 gehandelt. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unbeliebt und meist ohne Veränderung. In Eisenbahnprioritäten fand im Allgemeinen nur ein unbedeutendes Geschäft bei fester Haltung statt. Halle-Sorauer 4½ proc. und gefündigt 100%, für Stettiner VII. lagen stärkere Kanordres vor. Leipziger A. und B. rege. Von fremden Prioritäten waren Österreichische Staatsbahn-Obligationen beliebt. Russische Prioritäten blieben sehr still und ließen meist etwas nach. Auf dem Eisenbahnpapiermarkt stagnierte das Geschäft wiederum, erst gegen Schluss machte sich eine Besserung bemerkbar. Anhalter steigend, Thüringer lebhaft, Poissdamer und Leipziger anziehend, Halberstädter blieben am Schluss angebunden. Stettiner wiederum niedriger, Rumänen matt, in Berlin-Dresden, Oberhessische und Nahebahn ging einiges um. Banknoten fast ganz gefäßlos, Berliner Handelsgesellschaft (junge) gingen in größeren Posten um. Thüringische Bank matt, Industriepapiere ohne Leben, Große Pferdebahn etwas anziehend, Dessauer Gas zu höherem Course sehr fest, Saline Salzungen begehrt, Chemnitzer Baumverein und Centralstraße gesucht und steigend. Norddeutsche Eisenbahnen fest, Oberhessische Eisenbahnen bedrängt, Wechsel unverändert und still.

Um 2½ Uhr: schwächer. Credit 235,50, Lombarden 127, Franzosen 426, Reichsbank 150, Disconto-Commandit 110,75, Dortmunder Union 8, Laurahütte 69, Cöln-Mindener 100,50, Rheinische 110, Bergische 77,50, Rumänen 14,40, Türkei 9,50.

London, 1. Nov. Aus der Bank flossen heute 66,000 Pf. Sterl. Heutiger Silberpreis 53½ D.

Berlin, 2. Novbr. [Productenbericht.] Die Stimmung für Roggen war heute matt. Am Kauflust für Termine fehlte es zwar nicht, Realisationen erzeugten jedoch reichliches Angebot, das ein wenig auf die Preise drückte. Die Aussicht, daß es jetzt nicht zum Bruch zwischen Rusland und der Türkei kommen werde, läßt keine Festigkeit zu. Loco wenig Handel, nach seiner Qualität besteht jedoch andauernder Begehr. Roggenmehl flau und billiger verläuft. Weizen in gedrückter Haltung; besonders nahe Lieferung hat unter Realisationsverkäufen zu leiden gehabt. Hafer loco gut preishaltend. Termine, besonders November, fest und besser bezahlt mit materiem Schluss. Rüböl recht still, Preise kaum verändert. Petroleum flauer, weil Nework einen geringen Rückgang meldet. Spiritus ist eröffnet, hat unter erneuten reichlichen Anerbietungen abermals nachgeben müssen im Werthe.

Weizen loco 185—230 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, seiner weiser märkt. 223 M. ab Bahn bez., per April-Mai 215—214 M. bez. per October-November 207½ bis 206 Mark bezahlt, per November-December 207½ bis 206 Mark bezahlt. Gefündigt 47,000 Centner. Kündigungspreis 206 Mark — Roggen loco 152 bis 190 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 152—153 Mark ab Kahn bez., neuer russischer 160 bis 168 Mark bez., inländ. 183—188 M. bez., defekter neuer russ. — M. ab Bahn bez., per Frühjahr 161½—160½ M. bez., per October-November 155½—155 Mark bez., per Nov.-December 155½—155 M. bez., per December-Januar 157—156 M. bez., per Januar-Februar 158—157½ M. bez. Gefündigt 45,000 Ctr. Kündigungspreis 155½ Mark. — Gerste loco 130 bis 180 Mark nach Qualität gefordert, — Hafer loco 135 bis 175 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 147—168 M. bez., russischer 136—158 M. bez., pommerischer 168—170 M. bez., schlesischer 155—168 M. bez., polnischer — M. bez., galizischer 145 bis 155 M. bez., böhmischer 168 bis 170 M. bez., ungarnischer 153 bis 155 M. ab Bahn bez., per Frühjahr 157½—158—157 Mark bez., per October-November 156—156½—156 Mark bez., per November-December 155 Mark bez., December-Januar — Mark bez., — Erbsen: Kochware 166—200 M., Futtermaize 159 bis 165 M. — Weizenmehl per 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sac Nr. 0: 28,50—26,50 M., Nr. 0 und 1: 26,50—25,00 M. bez., Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sac Nr. 0: 25,00—23,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 23,25—22,00 M. bez., Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sac per April-Mai 22,35 M. bez., per October-November 22,15—20 M. bez., per November-December 22,15—20 Mark bez., per December-Januar 22,25—20 Mark bez., per Januar-Februar 22,35 Mark bez.,

